Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungseingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werd. 6. 7gespalt. 35 mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Marktl 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 249a. Halle, Freitag, den 30. Mai. 1919.

Keine Einberufung des Rätekongresses.

Die Friedensbedingungen. — Die Stellung der A.-Räte.

WTB. **Berlin**, 28. Mai. Die Gesamtsitzungen des Zentralrates der deutschen sozialistischen Republik haben am 26., 27. und 28. d. M. stattgefunden. Gegenstände der Beratungen waren vor allem die Friedensbedingungen und Arbeiterfragen. Bei der Beratung der Friedensfrage wurde die Einberufung eines dritten Rätekongresses erörtert. Der Zentralrat hat die Auffassung des Aktionsausschusses gebilligt und es abgelehnt, für den gegenwärtigen Augenblick einen Rätekongreß einzuberufen. Zur Friedensfrage hat der Zentralrat die nachstehende Resolution angenommen:

Die Friedensbedingungen, die dem unterlegenen deutschen Volke von den Siegern auferlegt werden sollen, sind von unerhörter Härte und in ihrer gegenwärtigen Form unerfüllbar. Wenn Deutschland die übernommenen Verpflichtungen des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete, der Wiedergutmachung und der Entschädigung, die es anerkannt hat, aber wirklich ausführen soll, so darf man seiner Arbeitsmöglichkeit

nicht die in den Friedensbedingungen vorgesehenen Fesseln anlegen.

Der Zentralrat erwartet daher, daß die sachlichen Darlegungen der deutschen Delegation die Ententemächte davon überzeugen werden, daß im Interesse ihrer eigenen Ansprüche weitgehende Aenderungen der einzelnen Bestimmungen getroffen werden müssen. Durch die Abtretung deutscher Gebiete gegen den Willen der Bevölkerung wird nicht nur das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes auf das Schwerste verletzt, sondern es werden ihm

unentbehrliche Grundlagen seines wirtschaftlichen Lebens entzogen.

Der Zentralrat appelliert an die Arbeiterschaft der Ententeländer, im Interesse eines dauernden Friedens ihre Stimme zu erheben gegen diesen Vertrag der Vergewaltigung eines ganzen Volkes.

Von der deutschen Regierung und der Friedensdelegation erwartet der Zentralrat, daß sie alle zweckdienlichen Mittel anwenden, um die Entente von der praktischen Undurchführbarkeit dieser Bedingungen zu überzeugen, und daß sie durch bessere Vorschläge zeigen, wie die von uns anerkannten Ansprüche der Ententeländer auch wirklich erfüllt werden können. Der Zentralrat glaubt, daß die Friedensaktion in Deutschland nicht auf die Formel „annehmen oder ablehnen" gestellt werden darf, sondern daß es sich nunmehr einzig und allein darum handelt, durch

positive politische Arbeit

dafür zu sorgen, daß der Geist, der jetzt aus den Friedensbedingungen spricht, durch den Geist der Versöhnung und Verständigung ersetzt wird.

In der Frage der kommunalen und politischen Arbeiterräte hat der Zentralrat den folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die preußische Staatsregierung ist zu ersuchen, der verfassunggebenden Landesversammlung sobald als möglich einen die Verwaltungsreform betreffenden Gesetzentwurf vorzulegen.

2. Die Regierungen der übrigen deutschen Freistaaten sind zu ersuchen, sich mit der Preußischen Regierung wegen Anwendung möglichst einheitlicher Grundsätze bei der Reform der eigenen Verwaltung ins Einvernehmen zu setzen und die Reform auch bei sich mit Hilfe der gesetzgebenden Körperschaften alsbald durchzuführen.

3. Bis zur Durchführung der Verwaltungsreform bleibt das

System der politischen Arbeiterräte zur Sicherung der revolutionären Errungenschaften in Wirksamkeit.

Entsprechend den Verordnungen über das Finanzgebahren vom 16. 11. 1918 und 13. 1. 1919 haben die Behörden, bei denen die Kontrolle stattfindet, die Arbeiterräte zu bezahlen.

Neuwahlen von Arbeiterräten

sind nur beim Vorliegen zwingender Gründe vorzunehmen, und zwar nach den bestehenden Richtlinien, die für die Wahl des zweiten Rätekongresses herausgegeben wurden. In allen anderen Fällen soll die Neuwahl hinausgeschoben werden bis zum Erlaß neuer Richtlinien.

Außerdem wurde ein Antrag angenommen, das Preußische Staatsministerium zu ersuchen, den Posten eines Unterstaatssekretärs im Kriegsministerium sofort zu besetzen.

123 Angeklagte!

Haag, 28. Mai. Aus London wird gemeldet: Die „Daily Mail" erfährt aus Paris, daß die Alliierten jede Aenderung ihres Beschlusses hinsichtlich der strafrechtlichen Verfolgung des deutschen Kaisers, verschiedner deutscher Generale, Admirale und Politiker abgelehnt haben. Dieser Beschluß ist einstimmig gefaßt worden. 123 Personen stehen auf der Liste. Die Prozesse sollen innerhalb eines Jahres beginnen.

Foch über die Treibereien in der Pfalz.

Eine Antwortnote Erzbergers.

Auf die wiederholten Nachweise staatsfeindlicher Betätigung der französischen Besatzungsbehörden in der Pfalz und auf die Note vom 23. und 24. Mai hat Marschall Foch der deutschen Waffenstillstandskommission am 27. Mai antworten lassen: „Mähend der ganzen Dauer des Kriegszustandes hatten allein die Militärbehörden die Befugnis zu beurteilen, ob die Treibereien der deutschen Zivilbehörden gegen die Interessen der Besatzungstruppen sind oder nicht. Infolgedessen kann der Einspruch der deutschen Kommission nicht entgegengenommen werden."

Reichsminister Erzberger ließ durch den Vorsitzenden in Spa, Generalmajor Freiherr v. Hammerstein, unverzüglich erwidern:

In der Erklärung des Marschalls Foch, die General Nudant in der Sitzung vom 27. Mai verlesen hat, wird abgelehnt, die deutschen Einsprüche vom 23. und 24. Mai gegen den Bruch des Waffenstillstandsabkommens in der Pfalz entsprechend zu nehmen. Diese Ablehnung hindert mich nicht, noch einmal vor aller Welt festzustellen, daß in der Pfalz durch die französischen Besatzungsbehörden fortgesetzte Akte der Vergewaltigung gegen das Völkerrecht und gegen das Waffenstillstandsabkommen verübt worden. In der Note vom 25. habe ich schon einen Teil der Proklamation des Generals Gerard vom 24. Mai aufgeführt, in der er pflicht- und rechtmäßige Handlungen deutscher Behörden gegen Hochverräter als Mißbrauch ihrer Amtsbefugnisse erklärt. In dieser Proklamation befindet sich nun auch der Satz: „Die französische Militärbehörde hat es bis jetzt vermieden, eine politische Propaganda, welcher Art sie auch sei, zu machen." Offenbar hat General Gerard bei der Abfassung dieser Proklamation nicht an die Möglichkeit gedacht, daß ich im Besitze des Befehls seines Oberkommandos vom 16. 3. sein könnte, den ich in meiner Note vom 23. 5. General Nudant in Abschrift übermittelt habe. Hätte er mit dieser Möglichkeit gerechnet, so glaube ich nicht, daß er einen solchen Satz in die Proklamation aufgenommen hätte, der nicht nur im offenen Gegensatz zu dem bekanntgegebenen Geheimbefehl, sondern auch zu der in meiner Note vom 6. 4. 19 von der Bevölkerung verlangten Erklärung steht. Ich lege daher auch gegen den Text dieser Proklamation feierlichst Verwahrung ein.

In der Proklamation des Generals Gerard, die Reichsminister Erzberger anzieht, heißt es unter anderem, daß das Vorgehen der deutschen Beamten gegen Landauer Bewohner wegen deren „sympathischer Gesinnung für Frankreich" einen „Mißbrauch der Amtsbefugnisse und einen Verstoß gegen die Befehle des Marschalls Foch" bildete.

Unglücksfall des oberschlesischen Oberpräsidenten.

WTB. **Breslau**, 29. Mai. (Drahtnachricht.) Als der Oberpräsident von Schlesien Philipp heute früh einen Revolver entladen wollte, ging die Waffe los. Die Kugel drang dem Oberpräsidenten in den Unterleib. Lebensgefahr besteht nicht.

Für die Sache der Welt.

WTB. **Haag**, 28. Mai. Der „Nieuwe Courant" schreibt zu den deutschen Gegenvorschlägen, sie seien kein Plädoyer für die deutsche Sprache, sondern ein Plädoyer für die Sache der Welt. Darum unterscheiden sie sich günstig von allen Erklärungen früherer deutscher Regierungen während des Krieges. Sie ständen auf dem Niveau eines Volkes, das durch bittere Erfahrungen zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß Recht über Macht geht. Sie eröffneten neue Aussichten, wenn die Friedenskonferenz sie in einem Geist des Vertrauens in das neue Deutschland ohne Groll oder Haß in Erwägung ziehen wollte.

Die „Tijd" schreibt, die deutschen Gegenvorschläge und ihre Motivierung legten Zeugnis von großer Besonnenheit und wohltuender Mäßigkeit ab.

„Algemeen Handelsblad" sagt, die Deutschen beschränkten sich nicht allein auf Kredit, sondern erkennten auch ihre Niederlage und ihre Verpflichtung, die vom alten Regime begangenen Fehler wieder gut zu machen. Deutschland wolle schwer büßen, wolle jedoch auch als gleichberechtigtes Mitglied der Völker formell anerkannt werden.

Ein niederländischer Aufruf für einen gerechten Frieden.

WTB. **Rotterdam**, 28. Mai. Nieuwe Rotterdamsche Courant veröffentlicht einen von vielen hervorragenden niederländischen Persönlichkeiten, darunter verschiedenen Kammermitgliedern, unterzeichneten Aufruf folgenden Wortlautes:

Der Weltkrieg ist seit einem halben Jahre beendet. Die kriegsgefangenen Belgier, Franzosen, Engländer usw. sind zu den Ihrigen zurückgekehrt. Diese Völker können alle Kräfte anspannen, um ihre Wirtschaftslage wiederherzustellen. Dasselbe ist auf der anderen Seite nicht der Fall. Mehr als 600 000 Deutsche werden den Ihrigen und der Arbeit, die für die Wiederherstellung ihres Volkes so dringend notwendig ist, vorenthalten.

Die bitterste Hungersnot,

die bereits seit Jahren gewütet und viele Hunderttausende getötet hat, dauert an. 95 Prozent der Säuglinge sterben. Tuberkulose und Rachitis nehmen in erschreckendem Maße zu. Die Vorenthaltung von Rohstoffen ist der Grund, weshalb noch einige Millionen Deutsche erwerbslos sind. Elend, Hunger und Verzweiflung führen die großen Völker Mitteleuropas

immer mehr zur Anarchie

und zum Bolschewismus, während, wenn der Friede zu den angegebenen Bedingungen zustande kommt, das Leben vieler Millionen Deutscher direkt bedroht wird. Niederländer, dürfen wir denn dies alles ohne öffentliche Aeußerung unseres Mitgefühls ansehen? Ist es nicht unsere Pflicht, unsere Stimme dagegen zu erheben, um so mehr, als der Rückschlag auf unser Vaterland unvermeidlich ist?

Die Not Deutschlands bedroht unser gesamtes Volksleben mit der allergrößten Gefahr, und nicht nur wir, sondern ganz Europa, ja die gesamte gebildete Menschheit wird bedroht, wenn dieses maßlose Elend in Deutschland und Mitteleuropa andauert. Müssen wir nicht mit allem Ernst, der uns innewohnt, darauf hinwirken, daß dieser Zustand nicht mehr länger fortdauern darf? Wir stellen im Namen der Menschlichkeit und im europäischen Gesamtinteresse folgende Forderungen auf:

1. sofortige unterschiedslose Rücksendung aller Kriegsgefangenen und Internierten,
2. umfangreiche und schnelle Zufuhr von Lebensmitteln, Viehfutter und Rohstoffen nach Mitteleuropa,
3. vollkommene sofortige Wiederherstellung des freien Weltverkehrs ohne jede Beschränkung,
4. der Friede darf in keiner Hinsicht die Fortsetzung des Krieges bedeuten.

Frauen und Männer in den Niederlanden aller Klassen und Parteien, laßt Eure Stimme hören!

Entente-Einmischung in die deutsche Befehlsgewalt.

Zurückweisung durch Minister Erzberger.

WTB. **Berlin**, 29. Mai. (Drahtnachricht.) Auf Mitteilung des Generals Nudant, daß die Ententeregierungen beschlossen hätten, Deutschland habe alle Streitkräfte in Estland und in Litauen aufrecht zu erhalten, ließ Reichsminister Erzberger General Nudant eine Antwortnote überreichen, in der besonders betont wird, die deutsche Regierung könne eine Anordnung der Beibehaltung der deutschen Truppen an Ort und Stelle nicht anerkennen. Sie müsse vielmehr auf dem Standpunkt beharren, daß sie sämtliche deutsche Truppen, die sich noch auf dem vor dem Kriege zu Rußland gehörenden Gebieten befinden, hinter die deutsche Grenze nach ihrem Ermessen zurückziehen könne.

Die bevorstehende Notenübergabe an Deutsch-Oesterreich.

WTB. **Versailles**, 29. Mai. (Drahtnachricht.) Die Ueberreichung des Friedensentwurfes an die österreichische Abordnung findet am Freitag 12 Uhr mittags statt. Die Anordnung dieser Sitzung ist jetzt festgestellt und entspricht ungefähr der vom 7. Mai. Wiederum wird Clemenceau die Sitzung mit einer kurzen Ansprache eröffnen und es wird eine Antwort des Staatskanzlers Renner erwartet. Die österreichischen Abgeordneten werden wie die deutschen in den Sitzungssaal geführt. Dutasta überreicht während der Rede Clemenceaus den Text der Friedensbedingungen. Die Sitzung soll nur 20 Minuten dauern. Der Minister des Aeußern Pichon besuchte gestern Schloß Saint Germain und namentlich den Saal, indem die Ueberreichung stattfinden soll. Die französische Presse soll morgen abend einen Auszug erhalten. Heute fand am Quai d'Orsay eine Sitzung statt, in der die Vertreter der Mächte, die an der Lösung der österreichischen Frage beteiligt sind, teilnahmen. In dieser Gesamtsitzung wird den Vertretern Kenntnis vom Inhalt des Friedensvertrages mit Oesterreich gegeben. Nach dem „Petit Journal" soll die Finanzfrage der Lösung entgegensehen. Ein Einverständnis sei in bezug auf alle politischen Fragen erzielt worden. Es seien nur noch einige wirtschaftliche Fragen zu lösen, namentlich hinsichtlich der Verfassung des Hafens und der Regelung der Zufahrtswege zum Hafen.

Die Klagen der amerikanischen Delegierten.

WTB. **Haag**, 28. Mai. (Drahtnachricht.) Der Pariser Berichterstatter der „Westminister Gazette" erfährt, daß beschlossen worden sei, die an Wilson gerichteten Briefe der amerikanischen Delegierten, welche ihre Aemter niederlegten, nicht zu veröffentlichen. Einer der Briefe, welcher von einem Manne stammt, der in der Oeffentlichkeit stark hervorgetreten sei, drückt die tiefe Enttäuschung aus und sei voll von Vorwürfen gegen den Präsidenten Wilson. Zu Recht oder zu Unrecht fühlten diese amerikanischen Delegierten, daß die Konferenz geschieitert sei, und daß sie anstatt einen vertretbaren Frieden zu schaffen, der allen Kriegen ein Ende macht, nur neue Grundlagen für künftige Streitigkeiten hervorruft. Einer der zurückgetretenen Amerikaner erklärte dem Berichterstatter der „Westminister Gazette", das Schwierigste seien die territorialen Bestimmungen. Wenn man Menschen unter fremde Herrschaft stelle, schaffe man sicher früher oder später Krieg. In neuen Polen gebe es Teile, die man niemals als polnisch ansprechen könne. Wenn es unrecht gewesen sei, daß Polen unter deutscher Herrschaft standen, so sei es ebenso unrecht, Deutsche der polnischen Herrschaft zu unterwerfen. Ein Teil der territorialen Vorschläge sei mit nationalen und ethischen Erwägungen durchaus unvereinbar. Die übrigen Bedingungen würden vielleicht, aber die territorialen Entscheidungen würden nicht so leicht abgeändert werden. Es werde schwer sein, die Grenzen zu einem späteren Zeitpunkt wieder zurückzuverlegen. Man müsse sie als endgültig betrachten. Das würde dauernd als Unrecht empfunden werden und schließlich zum Kriege führen.

Belgische Stimmungen.

WTB. **Berlin**, 28. Mai. Nation Belge vom 27. Mai bespricht in längeren Ausführungen ihres Sonderberichterstatters die Vorbereitungen für den feierlichen Empfang Poincarés in Lüttich in der zweiten Junihälfte. Poincaré wird der Stadt bei dieser Gelegenheit das ihr bereits in den ersten Kriegstagen verliehene Kreuz der Ehrenlegion überbringen; Truppen der 3. belgischen Division sollen an den Feierlichkeiten und Ehrungen in erster Linie beteiligt sein. Dasselbe Blatt kommt in einem Artikel über „die Verbündeten und den deutschen Partikularismus" zu der Schlußfolgerung, daß durch eine geschickte Politik des Verbandes — beispielsweise gemilderte Anwendung der Friedensvertragsbestimmungen auf die süddeutschen Staaten — Deutschland noch auseinandergespalten werden könnte.

Wie bereits gestern andere Blätter, so stellt heute auch der sozialistische Peuple fest, daß die kriegsministerielle Verfügung über die teilweise Wiedermobilmachung in ganz Belgien in Arbeiter- und Bürgerkreisen und unter den Studierten die lebhafteste und tiefste Erregung hervorgerufen hat. Beruhigend meint das Blatt, es gehe natürlich keineswegs auf Wiederaufnahme der Feindseligkeiten aus,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190530016/fragment/page=0001

denn Deutschland müsse schließlich doch unterzeichnen, weil es infolge seiner Ohnmacht dem Verband auf Gnade und Ungnade preisgegeben sei. Das Blatt berichtet dann von bereits abgegangenen Truppentransporten, die mit gewissen „Segenswünschen" abgefahren seien. Man müsse den Deutschen deutlich begreiflich machen, daß man nun wirklich mit seiner Geduld zu Ende sei, und daß es wahrhaftig nötig sei, daß jeder Mensch wieder an seine Arbeit gehen könnte. Besondere, sich steigernde Gereiztheit herrsche namentlich unter wieder eingestellten älteren Jahrgängen, weil die Jahrgänge 14 und 15 infolge einer geradezu empörenden Sorglosigkeit noch immer nicht unter den Fahnen ständen. Zum Schluß beklagt das Blatt die ungleiche Behandlung in Truppenanforderungen durch Marschall Foch. Während die Amerikaner und Engländer weiter demobilisieren, sollten gerade die Belgier, die doch die ersten im Feuer gewesen seien, nun anscheinend auch als letzte unter den Waffen stehen; [illegible] derartige Ausnahmemaßregeln müsse energisch protestiert werden.

Gegen die Gewalttaten der Südslaven.

WTB. St. Germain, 27. Mai. (Korr.-Bur.) Staatskanzler Renner ließ sich vom Sachverständigen für Südsteiermark, Dr. Kanitz, über die jüngst gemeldeten Gewalttaten der Südslawen in Untersteiermark und in den besetzten Gebieten eingehenden Bericht erstatten und übersandte hierauf am 26. Mai folgende Note an die Entente:

Im Nachhange vom 24. Mai gestattet sich die Friedensdelegation neuerliche Meldungen über Vorgänge in den Grenzbezirken zwischen Deutsch-Oesterreich und Südslawien zu unterbreiten. Sie beziehen sich diesmal auf Südsteiermark. Die hier gemeldeten Vorgänge beweisen, daß die lange Verzögerung des Friedensschlusses und die durch die sie aufrechterhaltene Ungewißheit über die Grenzen in den umstrittenen Gebieten geradezu verzweifelte Zustände schafft. Alle Anzeichen verraten eine solche Erbitterung, daß ein levee en masse auf beiden Seiten ausbrechen muß, wenn nicht durch sofortige Besetzung des strittigen Gebietes durch eine am Ort neutrale Macht oder durch ehebaldige Feststellung einer national gerechten und wirtschaftlich möglichen Grenzlinie Beruhigung gebracht wird.

Dieser Note lagen die telegraphischen und brieflichen Mitteilungen aus dem bezeichneten Gebiete des Mur-Tales, Windischgräz und Cilly bei.

Kriegsbericht aus Indien!

WTB. London, 29. Mai. (Reuter.) Drahtnachricht. Kriegsbericht aus Indien vom 24. Mai: Jelahabad ist abermals wirksam mit Bomben belegt worden. Die Pulverfabrik und ein Fort von Kabul haben wir gleichfalls beworfen. Eine große Explosion ist beobachtet worden.

Deutsches Reich.

Vertreter deutscher Kultur über den Gewaltfrieden.

Die Leipziger „Illustrierte Zeitung" veröffentlicht unter dem Titel „Ein Echo der Schmach von Versailles" eine Rundfrage über den Gewaltfrieden, zu der sich Vertreter der Regierung, der Volksvertretung, von Handel, Industrie, Wissenschaft, Kunst und Literatur äußern. In folgendem seien einige Antworten mitgeteilt, die aus den Kreisen der Wissenschaft, Kunst und Literatur stammen:

Sein Todesurteil unterschreibt man nicht.
Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorff.

Dieses Friedensangebot ist Kriegsansage auf Ewigkeit.
Geh. Justizrat Professor Dr. Wilhelm Kahl.

Wehe dem Besiegten, wenn die Waffen den Frieden entscheiden! Weg mit dem Frieden, wenn nicht die Waffen, sondern Haß und Lüge den Frieden diktieren!
Wilhelm Wundt.

Zwangsfriede erzwingt künftigen Krieg.
Wilhelm Ostwald.

Ausland.

Deutsche Ferienkinder nach Finnland?

WTB. Helsingfors, 28. Mai. Dem Beispiel der skandinavischen Nachbarländer folgend hat sich in Finnland ein Ausschuß gebildet, der für Unterbringung deutscher Ferienkinder in Finnland arbeitet. In dem Aufruf heißt es: Wir, die selbst die Schrecken des Hungers durchlebt haben, fühlen uns mehr als andere verpflichtet an unserem geringen Teil zur Linderung der Leiden beizutragen. Das Gefühl der Dankbarkeit für Deutschlands Hilfe wird nie verblassen.

Halle und Umgegend.

Halle, den 30. Mai 1919.

Schwurgericht.

Fahrlässige Kindestötung.

In der Schwurgerichtssitzung am 27. Mai unter dem Vorsitze des Herrn Landgerichtsdirektors Krüger wurden als Geschworene ausgelost die Herren Werkmeister Franz Steitz (Halle), Kaufmann Ewald Eulenburg (Zabenstedt), Obersteiger Louis Meinicke (Wansleben), Gutsbesitzer Wendlin Buch (Seeben), Malermeister Herm. Hennig (Halle), Werkmeister Franz Hoffmann (Halle), Gutsbesitzer Heinrich Hellmuth (Kolleben), Oberpostassistent Herm. Rößler (Halle), Gärtnereibesitzer Adolf Körber (Gerbstedt, Obmann), Rendant Walter Köppe (Halle), Kaufmann Richard Werner (Delitzsch), Fahrradhändler Fritz Kleinau (Halle). Die Anklagebehörde vertrat Herr Assessor Dr. Müller, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Kleinau, Bitterfeld.

Angeklagt war die 1897 geborene Ehefrau Martha Haar, geb. Körner, in Greppin wegen vorsätzlicher Kindestötung. Wegen Gefährdung der Sittlichkeit wurde die Oeffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Die Geschworenen bejahten nur die Schuldfrage nach fahrlässiger Kindestötung, worauf das Gericht die Angeklagte dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren verurteilte; 6 Monate der Untersuchungshaft wurden als verbüßt angerechnet.

Prof. Heynemann. An der Universität Hamburg wurde ernannt: zum ord. Prof. der Gynäkologie der Direktor der gynäkologischen Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses Barmbeck Prof. Dr. Theodor Heynemann (früher Privatdozent und Oberarzt in Halle).

Provinzial-Nachrichten.

)(Ammendorf, 28. Mai. (Demokratische Ortsgruppe.) Gestern Abend fand hier in Landmanns Restaurant eine Versammlung des Vereins der Deutschen demokratischen Partei statt. Es war die erste Vereinsversammlung nach dem Kriege. Es wurde beschlossen am 19. Juni wieder eine Versammlung abzuhalten in welcher Herr M. Walther aus Halle über die Aufgaben der demokratischen Partei sprechen wird. Die Ortsgruppe Ammendorf umfaßt außerdem noch die Orte Peesen, Radewell, Burg, Osendorf.

)(Meiseskels, 28. Mai. (Falsche Nachricht.) Durch die Blätter ging die Meldung, daß hier bei einer Firma 6000 Paar Schuhe im Werte von 300 000 Mk. gestohlen worden seien. Die Nachricht trifft nicht zu. Allerdings sind in einer hiesigen Schuhfabrik für 6000 Mark Waren gestohlen worden, das dürfte der Anlaß zu der irrtümlichen Meldung gewesen sein.

— Neuhaldensleben, 28. Mai. (In den Ruhestand) tritt Landrat von Kotze in Neuhaldensleben zum 1. Juni.

? Schkeuditz, 28. Mai. In Schkeuditz hielt der demokratische Verein am Dienstag abend eine von Männer und Frauen aller Stände und Parteirichtungen besuchte Versammlung ab, in der Herr Parteisekretär Dornblüth über „Deutschlands Not und Zukunft" sprach. Die Ausführungen des Redners fanden starken Beifall, dem der Versammlungsleiter, Herr Fabrikdirektor Gabe, durch Worte des Dankes noch besonderen Ausdruck gab. Eine im Sinne der Ausführungen vorgelegte Entschließung gegen die Friedensbedingungen fand einstimmige Annahme.

√ Zeitz, 28. Mai. (Stellung der Beamtenschaft zu Großthüringen.) In ihrer letzten Sitzung beschäftigte sich die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Beamtenbundes auch eingehend mit dem Plane der thüringischen Staaten, sich unter Einverleibung preußischer Gebietsteile, insbesondere des südlichen Teiles des Regierungsbezirks Merseburg, darunter auch des Kreises Zeitz, zu Großthüringen zusammen zu schließen. Der Zusammenschluß an sich wurde von den Rednern zwar begrüßt, weil er einem Teile deutscher Kleinstaaterei ein Ende macht. Die Bestrebungen dagegen, Teile von Preußen abzutrennen und dem neuen Staate einzuverleiben, fanden einmütigen Widerspruch, der seinen Niederschlag in der nachstehenden Entschließung fand:

„Die Ortsgruppe Zeitz des deutschen Beamtenbundes erhebt mit aller Entschiedenheit schärfsten Einspruch gegen die Bestrebungen der thüringischen Einzelstaaten, die darauf hinzielen, Teile von Preußen, namentlich des Regierungsbezirks Merseburg — darunter den Kreis Zeitz — dem zu gründenden Bundesstaat Großthüringen einzuverleiben.

Wenn für die beteiligten thüringischen Staaten der Zusammenschluß zu einem Großthüringen ein Fortschritt ist, so bedeutet die Abtrennung preußischer Landesteile von Preußen und ihre Eingliederung in den neuen Kleinstaat für alle Kreise der betroffenen Bevölkerung, insbesondere für die preußische Beamtenschaft einen Rückschritt, durch den ihre persönlichen und wirtschaftlichen Interessen nur geschädigt würden."

(!) Naumburg, 28. Mai. (Städtische Beteiligung an der Schaubühne.) Der Magistrat beschloß, sich an der neugegründeten Gesellschaft Naumburger Schaubühne G. m. b. H., die durch Veranstaltung guter Theatervorstellungen, Konzerte und anderer künstlerischer Darbietungen die dortigen volksbildenden Bestrebungen heben will, mit einstweilen 6000 Mark zu beteiligen. Daneben soll der Gesellschaft alljährlich von den städtischen Körperschaften, je nach dem Ergebnis des letzten Geschäftsjahres und den Bedürfnissen des Unternehmens, ein besonderer Zuschuß bewilligt werden.

() Camburg, 28. Mai. (Ermittelte Zuckerdiebe.) Vor wenigen Tagen waren durch Einbruch aus der Zuckerfabrik 14 Zentner Zucker entwendet worden. Durch einen Zwist, den gestern ein Hausbesitzer mit seinem Mieter hatte, kam heraus, daß beide an dem Diebstahl beteiligt waren. Eine Nachgrabung im Berggrundstück des Hausbesitzers förderte einen Zentner Zucker und eine Hausuchung noch kleinere Posten zutage. Der Hauptteil hat bereits zu Wucherpreisen seinen Mann gefunden.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung"

Fußball in Halle.

Der gestrige Donnerstag brachte als einzigstes Treffen das Spiel Eintracht, Leipzig, gegen Sportverein von 1898. Mit dem Resultat 5:2 blieben die Hallenser Sieger, die Gäste enttäuschten recht. Der Sturm konnte zeitweilig kaum erstklassigen Ansprüchen genügen. Er wurde dem 98er Tor selten gefährlich. Die Läuferreihe konnte bis auf den Mittelläufer auch nicht besonders gefallen. Gut war dagegen die Verteidigung, nur hätte der Tormann nicht so viel mit dem Fuße spielen sollen. Er hätte dann sicher zwei Tore verhütet. Die Hallenser begegneten gefielen recht gut. Auch der Sturm, sonst das Schmerzenskind der Elf, war auf der Höhe; besonders die Gebrüder Rehn brachten Schwung in den Sturm. Läuferreihe und Verteidigung waren gut wie immer. Der Spielverlauf war kurz folgender: Eintracht hat zuerst den leichten Wind als Bundesgenossen. Trotzdem war das Spiel durchaus offen. Allmählich kam aber Halle auf und schaffte verschiedentlich kritische Situationen vor dem Leipziger Tor, jedoch zunächst ohne Erfolg. Erst nach ca. 25 Min. brachte ein langer Schuß den Einheimischen die Führung, dem bereits in der nächsten Minute Nr. 2 folgt. Der Sportverein wurde jetzt überlegen und konnte bis Halbzeit noch zwei Tore erzielen. Nach der Pause waren die 98er stark überlegen, können es aber nicht verhindern, daß die Gäste durch zwei Durchbrüche zwei Tore aufholen. Kurz vor Schluß brachte ein Fehlstoß des Leipziger Tormannes Halle ein fünftes Tor. tk.

In der Zwischenrunde um den D. F. B.-Pokal siegte in Leipzig Süddeutschland über Mitteldeutschland nach Spielverlängerung 3:1. Bei Halbzeit sowie bei Schluß der regulären Spielzeit stand das Spiel noch 1:1. Ausführlicher Bericht folgt noch.

1910er Sportplatz (hinter der Pferderennbahn am Passendorfer Busch). Am kommenden Sonntag, den 1. Juni, finden die Pokalspiele um den vom D. F. C. v. 1910 gestifteten Pokal statt. Nachdem die Gegner ausgelost worden sind, treffen sich um ½3 Uhr Olympia I und Eintracht I, ¼4 Uhr Minerva I und 1910 I. Um 5 Uhr dann die beiden Sieger dieser Spiele im Endspiel. Es sind sehr interessante Kämpfe zu erwarten und ist mit Spielverlängerung zu rechnen, da die Gegner ziemlich gleichwertig sind und ein jeder Verein seine besten Kräfte ins Treffen führen wird. Den Sieger im voraus zu bestimmen ist sehr schwer, da die in letzter Zeit von den vier beteiligten Mannschaften erzielten Resultate sehr gute sind. Mit Recht kann man die Teilnehmer als die Besten der zweiten Klasse bezeichnen. Der gestiftete Pokal ist im Sportbaus Bacher, untere Leipziger Straße, ausgestellt.

Kunst und Wissenschaft.

Zur Durchführung eines sozialen Theaters in Berlin hat sich eine Gruppe von Kunstfreunden zusammengetan. Sie soll nach denselben Grundsätzen erfolgen wie bei manchem anderen wirtschaftlichen Betrieb. Das Theater liefert nur dann Vorstellungen, wenn für das ganze Spieljahr so viel Plätze abonniert sind, daß der Etat gedeckt ist. Dies ist die eine Reform. Die zweite bezieht sich auf den Preis der Plätze. Es sollen für die einzelnen Platzkategorien nicht, wie bis jetzt, Einheitspreise gefordert werden, vielmehr soll sich der Preis eines und desselben Platzes nach der finanziellen Leistungsfähigkeit des Besuchers regeln (?). Bei dem neuen System werden 250 Abende auf dem Wege des Abonnements im voraus vergeben, 90 Abende für den täglichen freien Verkauf reserviert. Im ganzen können zwanzig Serien zu 17 Abenden organisiert werden. Daneben sind 20 Festspielabende in Aussicht genommen. Jedes Stück spielt 17mal. Zu seiner Vorbereitung sind 15 Proben vorgesehen. Für das Unternehmen, das im kommenden Spieljahr ins Leben treten soll, ist bereits beträchtliches Kapital gezeichnet. Die künstlerische Leitung ist Bruno Tuerschmann anvertraut worden. Wo das neue Theater sein Heim haben wird, steht noch dahin.

Eine Avenarius-Stiftung für Philosophie. Die in Heidelberg verstorbene Witwe des Philosophen Dr. Richard Avenarius — gestorben 1896 als Professor in Zürich — hat der Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften eine Stiftung in Höhe von 150 000 Mark vermacht zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten, welche die Geschichte des menschlichen Erkennens unter physiologischen Gesichtspunkten behandeln. Rich. Avenarius, der Begründer des Empiriokritizismus, war Dresdner von Geburt und begann seine akademische Laufbahn 1876 als Privatdozent in Leipzig.

Der seltene Fall, daß ein Operettenkapellmeister zum Doktor der Philosophie promoviert wird, ereignet sich in diesen Tagen bei dem Kapellmeister der Karczag-Bühnen, Herrn Egon Neumann, der das Doktorat an der Wiener Universität erworben hat.

Für das Stuttgarter Landestheater, das frühere Hoftheater, wird infolge der Erhöhung der Löhne für die Theaterarbeiter seit der Revolution ein Mehraufwand von ¼ Millionen Mark gefordert. Der Fehlbetrag vor der Revolution, der vom König von Württemberg getragen wurde, betrug 700 000 Mk., so daß nunmehr insgesamt eine Million Mark vom Staat Württemberg für das Landestheater zu leisten ist.

Vermischtes.

Drei Gespräche auf einer Leitung. Im Telegraphen-Versuchsamt in Berlin ist ein neues Verfahren ausgearbeitet worden, um auf einer Drahtleitung mehrere Ferngespräche und außerdem gleichzeitig Telegramme zu geben. Dienstag abend berichtete ausführlich hierüber in der Sitzung des Elektrotechnischen Vereins Professor Dr. K. W. Wagner. Er führte aus, daß ähnlich wie bei der drahtlosen Telephonie und Telegraphie schnelle elektrische Schwingungen benutzt werden. Bei den ersten praktischen Versuchen Berlin—Hannover wurden gleichzeitig drei Gespräche ohne gegenseitige Beeinflussung geführt. Die Zahl ist sich voraussichtlich noch erhöhen lassen. Die ungeheuere wirtschaftliche Bedeutung dieses Fortschritts, der nun in greifbare praktische Nähe rückt, liegt auf der Hand. Hier bietet technischer Erfindungsgeist ein Mittel, um die Leistungsfähigkeit einer vorhandenen kostspieligen Anlage um ein Mehrfaches zu steigern. Zunächst kommt das Verfahren allerdings nur für die Fernleitungen in Frage, aber gerade hier ist es bei der jetzigen Finanzlage von besonderer Bedeutung.

Eine neue Art von Streik versuchen die Kölner Straßenbahner wegen der Ablehnung ihrer Forderung weiterer Teuerungszulagen. Da sie wegen der britischen Besatzung die Arbeit nicht einstellen dürfen, haben sie die Ausgabe der Fahrscheine eingestellt und befördern die Fahrgäste ohne Bezahlung, um die Direktion dadurch zu schädigen und sie zur Erfüllung ihrer Forderung zu zwingen. Darauf sperrte die Direktion der Straßenbahn den Strom ab, so daß der Betrieb lahmgelegt wurde. Da der Verkehr der Besatzungstruppen zum großen Teil auf die Straßenbahn angewiesen ist, erließ der britische Gouverneur im Laufe des Tages den Befehl an die Straßenbahnangestellten, ihren Dienst sofort ordnungsmäßig wieder aufzunehmen.

Ueber einen Akt polnischer Willkür wird aus der Stadt Posen berichtet: Ein bekannter Posener Arzt, Dr. Rudolf, benutzte mit seiner Gattin die Posener Straßenbahn. Im Laufe der Unterhaltung machte die Gattin eine abfällige Aeußerung über die Polen. Ein mitfahrender Pole verabreichte der Dame ein paar schallende Ohrfeigen und ließ ihre Personalien feststellen. Die Posener oberste polnische Behörde belobte den Polen für sein schneidiges Auftreten und entschied, daß Dr. Rudolf nebst Gattin sofort das von den Polen besetzte Gebiet in 24 Stunden verlassen müsse, widrigenfalls seine Gattin interniert werden würde wegen Beleidigung der polnischen Nation. Beide mußten infolgedessen unter Zurücklassung ihres Eigentums die Provinz Posen verlassen.

Munitionsleide. Der „Vorwärts" berichtet folgenden Vorfall, der sich kürzlich in Berlin abgespielt hat und auch für unsere Leser von Interesse sein dürfte. Ein Herr geht mit seiner Braut spazieren. Der Wind jagt einen Funken von seiner Zigarre weg — und plötzlich steht die Dame in Flammen. Unrettbar war das junge Leben verwirkt; nach nur wenigen Stunden lag sie tot. Ein Kleid aus silbergrauem Seidenstoff war die Ursache der Verbrennung. Ein Kriminalbeamter begab sich zu der Schneiderin von der das Kostüm bezogen worden war. Sie hatte noch mehrere Kleider und wollte eins für sich zurückbehalten. Der Beamte überzeugte sich an Ort und Stelle von der Gefährlichkeit der Seide, indem er ein Stückchen mit einem Fünkchen in Berührung brachte. Schreiber dieses hat eine Stoffprobe in der Hand gehabt und damit experimentiert. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist es Munitionsseide, die Dieben in die Hände gefallen und verschachert sein mochte. Vorsicht beim Seidekauf!

Der Fluch des Hope-Diamanten. Aus Washington wird gemeldet: Vinsor Mc. Leon, der Erbe von 100 Millionen Dollars und das bestbewachte Kind in den Vereinigten Staaten war, entschlüpfte vor einigen Tagen seinen Wächtern, lief auf die Straße und wurde von einem Automobil totgefahren. Die Mutter des Knaben ist die jetzige Besitzerin des Hope-Diamanten, dessen Eigentümer fast immer vom Unglück verfolgt worden sind.

Blüten der Erwerbslosen-Unterstützung. Dem „Kölner Stadtanzeiger" entnehmen wir folgende Mitteilung: „Es ist leider Tatsache, daß in Köln viele Personen unberechtigt Arbeitslosenunterstützung beziehen. So stellte dieser Tage beim städtischen Amt für Uebergangswirtschaft eine Familie Antrag auf Unterstützung. Als man wegen Prüfung der Bedürftigkeit die angegebene Wohnung aufsuchte, erhielt man den Bescheid: „Die Herrschaften weilen in der Sommerfrische auf ihrem Gute in der Eifel". Das Familienoberhaupt versäumte aber nicht, nach Köln zu fahren, um seine Unterstützung in Empfang zu nehmen, die es nun natürlich nicht erhielt."

Literarisches.

„Die Arbeiter-Versorgung", älteste Zeitschrift für die gesamte Sozialversicherung im Deutschen Reiche. Verlag der „Arbeiter-Versorgung" in Berlin-Lichterfelde, Weddingenweg 64, bringt im 36. Jahrgange im Heft 15 wieder eine Fülle lesenswerter, grundgediegenem Inhaltes, u. B. Die Krankenfürsorge für Erwerbslose". Von Regierungsrat A. Müller, Ständigem Mitglied des Reichsversicherungsamts in Berlin. Dann Voraussetzungen des Anspruchs auf Hausgeld nach § 186 R. V. O. und „Wesentliche Aenderung" im Sinne des § 608 R. V. O. ist nur eine Aenderung des Sachstandes, nicht seine Beurteilung, sowie Grundsätzliche Entscheidungen des Oberschiedsgerichts für Angestelltenversicherung.

Zu beziehen durch die
Goethe-Buchhandlung Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 63, Fernruf 4830.

Verantwortlich für den politischen Teil: Karl Heimo; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Curt Brinkmann; für Sport, und Briefkasten: Heinrich Mielcher; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw. Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bielet.
Druck und Verlag von Otto Bendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190530016/fragment/page=0002